

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 2. Dezember 2025
Kantonsratspräsidentin Widmer Reichlin Gisela

P 324 Postulat Hodel Thomas Alois und Mit. über die Suchtprävention bei Jugendlichen / Gesundheits- und Sozialdepartement

Der Regierungsrat beantragt teilweise Erheblicherklärung.
Thomas Alois Hodel ist damit einverstanden.

Thomas Alois Hodel: Die zentrale Forderung des Postulats wurde erkannt und die Regierung beantragt die teilweise Erheblicherklärung. Damit sind wir einverstanden. Der Regierungsrat hat Massnahmen aufgezeigt, um das Problem in den Griff zu bekommen. In der Stellungnahme heisst es, dass dafür zwei Stellen geschaffen werden sollen. Man könnte nun sagen, dass wir ja eigentlich kein Stellenwachstum wollen, aber wir sollten nicht ausseracht lassen, wofür diese Stellen vorgesehen sind. Die Stellen führen zu Kosten, das ist so. Aber ein Jugendlicher, der in die Sucht abfällt und deshalb in einer Institution seine Sucht behandeln lassen muss, verursacht Kosten von ungefähr 1000 Franken pro Tag oder 30 000 Franken im Monat. Nach erfolgter Behandlung ist er möglicherweise einen grossen Teil seines Lebens oder sogar das ganze Leben lang auf Sozialhilfe angewiesen. Das ist in der Rechnung über die Kosten nicht berücksichtigt. Die Idee entstand in der Jugendsession, unterlag dort aber einem anderen Anliegen. Trotzdem wurde das Postulat eingereicht, um dem Anliegen politisches Gewicht zu verleihen. Ich bitte Sie, das Postulat teilweise erheblich zu erklären. Ich habe das Gefühl, dass wir die Jugend damit unterstützen können und auch die Gesellschaft davon profitiert. Es ist eine gute Sache.

Irina Studhalter: Prävention lohnt sich, weil sie günstiger ist als das Problem auszubügeln. Das hat mein Vorredner bereits ausgeführt. Prävention richtet keinen Schaden an, der andernfalls persönliche Schicksale jahre- oder Jahrzehntelang begleitet. Das gilt übrigens nicht nur für die Suchtprävention, sondern auch für die Klimakrise. Die Grüne Fraktion gewichtet die Suchtprävention bei Jugendlichen hoch und ist von ihrer langfristigen Wirkung überzeugt. Wir können der Argumentation der Regierung folgen und unterstützen deshalb die teilweise Erheblicherklärung. Danke, dass sich der Regierungsrat vermehrt mit Präventionsbemühungen bei Jugendlichen engagieren will und danke an alle Teilnehmenden der Jugendsession für ihr Engagement, das wirkt.

Sibylle Boos-Braun: Der Postulant spricht mit der Suchtprävention ein wichtiges Thema an. Gerade bei Jugendlichen müssen wir wachsam bleiben und geeignete Schutzfaktoren stärken. Wie die Regierung in ihrer Stellungnahme ausführt, ist der Kanton zusammen mit den Schulen bereits sehr aktiv. Die Suchtprävention ist bereits heute ein wichtiger Bestandteil der Gesundheitsförderung an den Schulen und wird in den Bildungsalltag integriert. Auch die Erziehungsberechtigten werden stark mit einbezogen, zum Beispiel mittels Informations- und

Präventionsveranstaltungen. Der Postulant hat aber leider auch recht, dass mit freiwilligen Informationsveranstaltungen nie alle Eltern erreicht werden können. Wir teilen jedoch die Haltung der Regierung, dass auch ein Obligatorium dieser Elternabende nicht wirksamer wäre. Erfolgsversprechender erachten wir eine weitere Verstärkung dieser Präventionsarbeit an den Schulen zur Früherkennung, Frühintervention und bei einer aktiveren Begleitung von Eltern mit Jugendlichen mit Suchtproblemen. Wir sehen in diesen Massnahmen mehr Erfolg als in einem obligatorischen Elternabend. Entsprechend begrüßt die FDP-Fraktion die Einstellung zusätzlicher finanzieller Mittel zur Stärkung dieser Präventionsmassnahmen. Wir stimmen der teilweisen Erheblicherklärung zu.

Claudia Senn-Marty: Sowohl der zunehmende Konsum von Drogen wie auch die Belastung durch exzessive Mediennutzung stellen reale Herausforderungen dar für unsere Kinder, Jugendlichen und Familien. Wir teilen die Einschätzung, dass die Prävention ein zentraler Bestandteil der kantonalen Jugendpolitik sein muss. Gleichzeitig beurteilen wir den vorgeschlagenen Weg eines obligatorischen Elternabends sehr kritisch. Die wissenschaftliche Evidenz und auch die Erfahrung der Schulen zeigen die begrenzte Wirksamkeit solcher Pflichtveranstaltungen. Viele Familien sind selbst nicht betroffen, sind bereits informiert oder können dem Angebot aus organisatorischen Gründen nicht im gewünschten Umfang folgen. Ein Obligatorium wäre deshalb ein starker Eingriff bei gleichzeitig schwachem Nutzen. Hinzu kommen die hohen erwarteten Kosten von rund 500 000 Franken pro Jahr, die teilweise durch die Gemeinden getragen werden müssten. Aus Sicht der GLP-Fraktion ist das weder verhältnismässig noch effizient, insbesondere mit Blick auf die bereits bestehenden und gut genutzten freiwilligen Angebote. Wir begrüssen daher die Haltung des Regierungsrates, die auf eine Stärkung der bestehenden Präventionsstrukturen setzt und dafür zwei Stellen in der Jugendprävention vorsieht. Dieser Ansatz ist sehr zielgerichtet, praxisnah und entspricht einer modernen Präventionspolitik, welche die Eigenverantwortung der Eltern und fachliche Unterstützung sinnvoll verbindet. Gleichzeitig ermutigen wir den Regierungsrat, die Prävention weiterzuentwickeln, vielleicht mit digitalen Informationsmodulen, niederschwellige Angeboten für Risikofamilien oder einer noch stärkeren Integration der Prävention in bestehende Schulentwicklungsprogramme. Insgesamt stimmt die GLP-Fraktion der teilweisen Erheblicherklärung zu. Wir wollen eine wirkungsvolle und innovative Präventionspolitik, aber keine ineffizienten Pflichtanlässe, deren Nutzen nicht belegt ist.

Milena Bühler: Ich danke Thomas Alois Hodel, dass er dieses Anliegen aus der letztjährigen Jugendsession aufgenommen hat. Die Stimmen der Jugendlichen sind wichtig und müssen gehört werden. Ich ermutige alle, die noch nie eine Jugendsession besucht haben, das zu tun. Gerade vor einem Monat fand die letzte Jugendsession statt und es ist sehr interessant, den Jugendlichen beim Diskutieren zuzuhören und was ihre Anliegen sind. Die SP-Fraktion nimmt die Sorge rund um die Suchtprävention bei Jugendlichen sehr ernst. Wir wollen wirksame Massnahmen und nicht nur symbolische. Obligatorische Elternabende erreichen oft genau die Familien nicht, die am meisten Unterstützung benötigen würden, nicht selten aufgrund sprachlicher oder kultureller Barrieren. Erfahrungsgemäss kann gesagt werden: Wer Probleme hat, erscheint oft nicht, währenddessen gut informierte Familien erscheinen, also viel Aufwand für wenig Wirkung. Jugendliche benötigen niederschwellige Angebote, starke Sozialarbeit, Peergroup-Projekte und Erwachsene, die erreichbar sind, aber keine zusätzliche Verpflichtungen von Eltern. Die SP-Fraktion unterstützt deshalb, dass die bestehenden Präventionsangebote gestärkt werden und die zusätzliche Schaffung von Stellen in der Jugendprävention. Das bringt den Jugendlichen echten Nutzen. Wir wollen Prävention statt Pflichtanlässe und stimmen der teilweisen Erheblicherklärung zu.

Stephan Schärli: Wie bereits ausführlich ausgeführt wurde, geht es bei der Prävention um

einen sehr wichtigen Punkt. Auch die Mitte-Fraktion ist gegen obligatorische Elternabende, bedankt sich aber beim Postulanten für das Aufgreifen dieser Thematik. Es ist wichtig, die Präventionsarbeit stärken zu können, gerade in den Spitälern sieht man die Folgen fehlender Prävention und Unterstützung sehr gut.

Urs Christian Schumacher: Der Drogenkonsum, insbesondere von harten Drogen und der Mischkonsum bei Jugendlichen und Schülern im Kanton Luzern nimmt zu. Gerade letzte Woche hatten wir in der Praxis einen Schüler, der nach dem Konsum eines Mischcocktails, den sie in der Schule zubereitet haben, schwerste Symptome hatte. Natürlich bin ich auch für Prävention und Aufklärung, das ist gut. Es ist vielleicht etwas unpopulär, aber ich bin trotzdem der Meinung, dass es auch Repressionen braucht, insbesondere gegenüber den Personen, welche die Ware an die Schulen bringen. Hier benötigt die Polizei einen Auftrag und die entsprechenden Ressourcen.

Pia Engler: Ich danke Thomas Alois Hodel für seine Darstellung über den volkswirtschaftlichen Gewinn von Präventionsarbeit. Uns fällt es immer etwas schwer, diesen Gewinn aufzuzeigen zu können. Er hat uns aber anhand eines sehr realitätsnahen Beispiels eindrücklich vorgerechnet, wie sich zwei Vollzeitstellen auszahlen. Mit dieser Rechnung konnte der Postulant die Rechtfertigung dieser beiden Stellen begründen. Wir sollten die Ausgestaltung der Präventionsarbeit Fachpersonen überlassen, sie bringen Erfahrung und das Wissen mit, wie Prävention wirkt und Wirkung entfalten kann.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektorin Michaela Tschuor.

Michaela Tschuor: Ich stelle zu meiner Freude fest, dass wir uns sehr einig sind in der Art und Weise, wie wir dieses Thema angehen. Auch der Regierungsrat beantragt die teilweise Erheblicherklärung aus dem Grund, den Sie schon zur Genüge genannt haben. Ein Obligatorium für Eltern, die möglicherweise nicht wirklich erreicht werden, sehen wir nicht. Das ist nicht praktikabel. Die Prävention ist hier im Rahmen der Viersäulenpolitik der Suchtpolitik das richtige Element. Ich erlaube mir einen Hinweis zum Thema Vollzug und Repression, Urs Christian Schumacher. Es ist so, auch die Repression gehört zur Viersäulenpolitik der Suchtpolitik. In diesem Bereich würden wir die Massnahmen der Prävention stärken, das schliesst aber die Repression auf der anderen Seite nicht aus, ist aber nicht Bestandteil des Postulats. In diesem Sinn möchte ich es nicht unterlassen, mich im Namen des Regierungsrates bei unserem Jugendparlament zu bedanken für die angestossene Debatte. Zudem danke ich Thomas Alois Hodel, dass er das Anliegen aufgenommen und eingebracht hat. Ich glaube, das ist auch eine Ermutigung für alle Jungparlamentarierinnen und -parlamentarier, sich politisch zu involvieren für Themen, welche die Jugendlichen direkt betreffen. Ich bitte Sie, der teilweisen Erheblicherklärung zuzustimmen.

Der Rat erklärt das Postulat mit 105 zu 0 Stimmen teilweise erheblich.